

Kleine Anfrage 2739

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Kommunalaufsicht im Landkreis Oder-Spree

Die Beschwerden aus fast allen Ecken des Landkreises über die Kommunalaufsicht im Landkreis Oder-Spree häufen sich seit Jahren. Beklagt wird insbesondere, dass es zumeist nichtssagende Antworten gibt, die nichts zur Klärung des jeweils angesprochenen problematischen Sachverhalts beitragen können und die Anfragenden geradezu zwangsweise auf die Verwaltungsgerichte verweisen (was deren Überlastung noch erhöht). Zudem wird moniert, dass oft viele Monate auf eine Antwort gewartet werden muss, was angesichts von zumeist zur Klärung vorgelegten aktuellen kommunalen Auseinandersetzungen zwischen GV oder Fraktionen einerseits und dem BM vor Ort andererseits geradezu kontraproduktiv ist. Eine Klärung, so es denn überhaupt eine entsprechende Antwort gibt, Monate später hilft den Betroffenen i.d.R. nicht mehr. Damit werden oftmals die Rechte der ehrenamtlichen Gemeindevertreter aus der Kommunalverfassung ausgehebelt. Darüber hinaus wird sich darüber beklagt, dass insbesondere bei Streitigkeiten zwischen Gemeindevertretern/Stadtverordneten und hauptamtlichen Bürgermeistern oftmals die von der Kommunalaufsicht eben dort erfragte Stellungnahme gleichsam als rechtliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht an die Anfragenden weiter geleitet wird. Schließlich kommt die Kommunalaufsicht offenbar auch Ihrer Aufsichtsfunktion in finanziellen Angelegenheiten nicht nach, was zu Fehlentwicklungen in oder sogar der Ungültigkeit von kommunalen Haushalten geführt hat. Dies ist nicht nur sehr unbefriedigend für die für die Bürger handelnden Gemeindevertreter/Stadtverordneten, sondern pervertiert die Aufgabe der Kommunalaufsicht Streit zu schlichten bzw. rechtlich klar und deutlich aufzuklären.

Daher sehen wir hier ein grundsätzliches Problem einer real schlicht nicht mehr existenten Kommunalaufsicht in LOS, was es schnellstmöglich zu beheben gilt - schon allein um die Verwaltungsgerichte unseres Landes zu entlasten und die Kontrollfunktion der ehrenamtlichen Gemeindevertreter gegenüber ihren Verwaltungen laut Kommunalverfassung § 29 wieder zu ermöglichen.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung

1. Welche Aufgaben hat die Kommunalaufsicht eines Landkreises konkret wahrzunehmen? Bitte legen Sie diese vollständig mit der entsprechenden Rechtsgrundlage dar.
2. Innerhalb welcher Fristen müssen die an die Kommunalaufsicht heran getragenen Problemstellungen bearbeitet und inhaltlich beantwortet werden (da es ja zumeist um aktuelle kommunal Auseinandersetzungen zwischen GV oder Fraktionen einerseits und dem BM vor Ort andererseits geht, deren Klärung Monate später nicht mehr hilft).

Eingegangen: 07.06.2017 / Ausgegeben: 07.06.2017

3. Innerhalb welcher Fristen wurden die an die Kommunalaufsicht des Landkreises Oder-Spree seit dem Jahr 2014 herangetragenen Problemstellungen tatsächlich bearbeitet (bitte tabellarische Übersicht zu den einzelnen Fragestellungen mit Einreichungszeitpunkt und Zeitpunkt der abschließenden Bearbeitung/Bescheidung)?
4. Was tut die Landesregierung um unabhängige, arbeitsfähige und entsprechende Kommunalaufsichten in den Landkreisen sicher zu stellen und damit die zumeist total überlasteten Verwaltungsgerichte zu entlasten?
5. Ist es zutreffend, dass die Kommunalaufsicht im Landkreis Oder-Spree im Falle des Herrn Kohlmann (Gemeindevertreter in Grünheide (Mark), Fragen zur gesetzeskonformen Umsetzung des §16 KomHKV) per e-mail vom 07.03.2016, insbesondere Abs.2), keine eigenen Nachprüfungen angestellt hat, ob entsprechende Unterlagen tatsächlich bei Veranschlagung im Haushalt vorlagen, sich ungeprüfte Aussagen des Hauptverwaltungsbeamten zu eigen macht und letztlich am 23.08.2016 die Beschreibung des Rechtsweges empfiehlt?
6. Wenn Nr. 5 zutrifft, sind der beschlossene Haushaltsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der Gemeinde Grünheide (Mark) unter diesen Bedingungen rechtsgültig? Welche Rechtsfolgen ergeben sich daraus?
7. Wurde bei diesem Vorgehen, wenn Nr. 5 zutrifft, auch von Seiten der Kommunalaufsicht im Landkreis Oder-Spree einer gesetzeskonformen Umsetzung des §16 KomHKV ausreichend Rechnung getragen?
8. Was konkret tut die Landesregierung konkret um sicher zu stellen, dass die Kommunalverfassung und die KomHKV auch im Kreis Oder-Spree beachtet und vollumfänglich umgesetzt wird - mindestens bei allen Entscheidungen der Kommunalaufsicht?
9. Wie schätzt die Landesregierung die Aufgabenerfüllung der Kommunalaufsicht im Landkreis Oder-Spree in diesem Fall einer ungeprüften Übernahme der Darlegungen des HVB (die ja leider oft und auch in anderen Fällen aus anderen Gemeinden vorkommt) ein?
10. Entspricht dieses Verhalten einer vollen Erfüllung der Aufgabenstellung der Kommunalaufsicht eines Landkreises? Begründen Sie diese Antwort detailliert anhand der konkreten Aufgaben einer Kommunalaufsicht nach Frage 1.
11. Welche Kommunen/Ämter im Landkreis Oder-Spree beschließen regelmäßig ihren Haushaltsplan fristgemäß laut §67 Abs. 4 Satz 2 KomHKV am Ende des Vorjahres? Welche nicht (tabellarische Aufstellung aller Kommunen/Ämter in LOS mit Beschlussdatum)?
12. Welche Maßnahmen hat die Kommunalaufsicht bisher ergriffen, um auf eine fristgemäße Aufstellung / den fristgemäßen Beschluss der jeweiligen kommunalen Haushaltssatzungen nach §67 Abs. 4 Satz 2 KomHKV hinzuwirken? Wie wirken diese Maßnahmen bisher konkret?
13. Welche Kommunen/Ämter im Landkreis Oder-Spree beschließen regelmäßig ihren Jahresabschluss fristgemäß laut §82 Abs. 4 BbgKVerf bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres? Welche nicht (tabellarische Aufstellung aller Kommunen/Ämter in LOS mit Beschlussdatum)?
14. Welche Maßnahmen hat die Kommunalaufsicht Oder-Spree bisher ergriffen, um auf die fristgemäße Aufstellung / den fristgemäßen Beschluss der jeweiligen Jahresabschlüsse nach §82 Abs. 4 BbgKVerf in den Kommunen hinzuwirken? Wie wirken diese Maßnahmen bisher konkret?
15. Welche Kommunen/ Ämter im Landkreis Oder-Spree haben bereits einen Gesamtabchluss gem. §83 BbgKVerf erstellt (tabellarische Aufstellung aller Kommunen/Ämter in LOS mit Beschlussdatum)?

16. Welche Maßnahmen hat die Kommunalaufsicht bisher ergriffen, um auf die zeitnahe Erstellung solcher Gesamtabschlüsse hinzuwirken? Wie wirken diese Maßnahmen bisher konkret?
17. Ist es zutreffend, dass die Kommunalaufsicht im Landkreis Oder-Spree im Falle der Stadt Fürstenwalde/ Spree sowohl der Haushaltsplan 2016, als auch eine im weiteren Jahresverlauf notwendig gewordene Nachtragssatzung wegen nicht oder falsch geplanter Aufwendungen/ Auszahlungen beanstanden musste?
18. Falls Nr. 17 zutreffend ist: Um welche Sachverhalte handelte es sich und welche Konsequenzen zog die Kommunalaufsicht Oder-Spree?
19. Falls Nr. 17 zutreffend ist: Entspricht das Vorgehen der Kommunalaufsicht Oder-Spree, das in Nr. 17 beschrieben ist, der Aufgabenstellung der Kommunalaufsicht eines Landkreises (bitte unter Berücksichtigung von Frage Nr. 1 beantworten)?
20. Was konkret wird die Landesregierung unternehmen um im Landkreis Oder-Spree nach Jahren des Fehlens endlich wieder eine funktionierende, ihr Aufgaben wahrnehmende und auch erfüllende Kommunalaufsicht zu gewährleisten?